

Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung

Abgeordnete Jörg Bode und Christian Grascha (FDP)

Sind immissionsrechtliche Verfahren in Niedersachsen wegen der Vorgaben des ehemaligen Umweltministers Stefan Wenzel besonders langwierig?

Anfrage der Abgeordneten Jörg Bode und Christian Grascha (FDP) an die Landesregierung, eingegangen am 09.01.2018

„Niedersachsens Wirtschaft klagt über die Bürokraten“ (*HAZ*, 28.12.2017) und weiter: „500 Tage für eine Genehmigung“ (ebenda), hieß es zum Jahresende in den Medien. Im Beitrag „Chemieindustrie fordert Landesregierung zum Bürokratie-Abbau auf“ (*dpa*, 06.12.2017) war Nachfolgendes zu lesen: „Eine stetig wachsende Bürokratie hat sich nach Ansicht der norddeutschen Chemie- und Pharmaunternehmen zum größten Hemmschuh für Investitionen in Norddeutschland entwickelt“. Und weiter: „Neben hohen Energiepreisen seien neue Gesetze und Verordnungen und die im Ergebnis nicht kalkulierbaren Verwaltungsprozesse eine Bremse für die wirtschaftliche Entwicklung der Branche“ (ebenda). Im Artikel „Investieren schwer gemacht - Trotz des langen Aufschwungs in Deutschland expandieren viele Unternehmen lieber im Ausland. Vor allem die überbordende Bürokratie verschreckt die Firmen“ (*Die Welt*, 14.11.2017) hieß es: „Die wichtigste Maßnahme zur Steigerung der privaten Investitionen ist nach Ansicht der Unternehmen mit deutlichem Vorsprung der Bürokratieabbau“ (ebenda). Klagen über einen vielfältigen und überhöhten bürokratischen Aufwand im täglichen Wirtschaftsleben von kleinen und mittelständischen Unternehmen liegen der Politik sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene seit Jahren vor.

90 % aller Investitionen tätigt die Privatwirtschaft in Deutschland, die öffentliche Hand investiert knapp 5 % des Staatshaushaltes in den Erhalt und Ausbau von Gebäuden und Infrastrukturen. Eine Steigerung der privatwirtschaftlichen Investitionsquote im Inland wäre über diverse politische Maßnahmen möglich. Beispielhaft wären hier in abnehmender Reihenfolge ihrer Bedeutung der Abbau von Bürokratie, die Verbesserung von Infrastrukturen, die Senkung der Steuern- und Abgabenlast, die Behebung des Fachkräftemangels, Flexibilisierungen am Arbeitsmarkt und Abschreibungsmöglichkeiten zu nennen. Dies gilt Sektor übergreifend sowohl für das Handwerk, das Baugewerbe und die Industrie als auch für Dienstleistungen und den Handel.

1. Kann die Landesregierung die vielfältigen Klagen „über eine überbordende Bürokratie“ (*HAZ*, 28.12.2017) der niedersächsischen Wirtschaft nachvollziehen?
2. Welche Dauer hat ein durchschnittliches immissionsrechtliches Verfahren in Niedersachsen?
3. Trifft es zu, dass immissionsrechtliche Genehmigungen/Verfahren „wegen Vorgaben des früheren Umweltministers Stefan Wenzel“ (*HAZ*, 28.12.2017) besonders langwierig für die niedersächsische Wirtschaft geworden sind?
4. Welche bürokratiesteigernden Vorgaben und Maßnahmen, die die Landesregierung in der 17. Legislaturperiode entwickelt hat, werden jetzt neu bewertet und gegebenenfalls angepasst?
5. In welcher Reihenfolge stellen nach Einschätzung der Landesregierung die o. g. Bereiche Investitionshemmnisse dar?
6. Welche konkreten Maßnahmen verbergen sich hinter dem Kapitel „Bürokratieabbau“ in der Koalitionsvereinbarung?
7. Welchen Zeitplan verfolgt die Landesregierung beim „Abbau überflüssiger Bürokratie“ (Koalitionsvereinbarung, Seite 88)?
8. Gibt es nach Erkenntnis der Landesregierung einen Zusammenhang zwischen überbordenden bürokratischen Anforderungen/Überregulierungen und der Schaffung von Arbeitsplätzen?

9. Wenn ja, wie beurteilt die Landesregierung diesen Zusammenhang mit Bezug auf seine Auswirkungen?
10. Wie beurteilt die Landesregierung die Investitionsbereitschaft des Handwerks, des Baugewerbes, der Industrie, der Dienstleister und des Handels in Niedersachsen?
11. Gibt es nach Erkenntnis der Landesregierung einen Zusammenhang zwischen überbordenden bürokratischen Anforderungen/Überregulierungen und Investitionstätigkeiten der Privatwirtschaft?
12. Wenn ja, wie beurteilt die Landesregierung diesen Zusammenhang mit Bezug auf seine Auswirkungen?
13. Welche Bundesratsinitiativen wird die Landesregierung in den Jahren 2018 und 2019 für den „Abbau überflüssiger Bürokratie“ (Koalitionsvereinbarung, Seite 88) auf den Weg bringen?
14. Welche Vorschläge und Initiativen zum Abbau von Bürokratie von Kammern, Verbänden und sonstigen Interessensvertretern sind der Landesregierung bekannt?
15. Wie bewertet die Landesregierung diese Vorschläge und Initiativen im Einzelnen?
16. Wie wird sich der in der Koalitionsvereinbarung beschriebene Prozess zum Abbau überflüssiger Bürokratie durch den Mittelstandsbeauftragten der Landesregierung inhaltlich und zeitlich gestalten?
17. Wer ist in diesem Zusammenhang mit „allen Beteiligten“ (Koalitionsvereinbarung, Seite 88) konkret gemeint?
18. Wann können die Unternehmen in Niedersachsen mit einer spürbaren bürokratischen Entlastung rechnen?

(Verteilt am 16.01.2018)